

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidenschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 25.10.2019

Änderungsantrag zu V-26

Von Zeile 44 bis 45 einfügen:

einer Wirtschaft, die vor 2050 auf 100% erneuerbare Energien setzt - dafür braucht die EU auch eine grüne Industriepolitik.

Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise anzuhetzen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) sowie eine Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.

Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um endlich einen Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere Landwirtschaft voranzubringen. und endlich einen Aktionsplan Biodiversität auf den Weg bringen